

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

190 (18.8.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Legationspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postfach...
monatl. 1.80 M., vierteljährl. 4.80 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1.70 M., vierteljährl. 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-11 und 2-1/2 4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 491

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleite od. deren Raum 25 S., zuzügl. 30 % Zeitungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 9 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

Reaktionärer Mißbrauch der Gefangenfrage.

Karlsruhe, 18. August.

In einem parlamentarisch regierten Staat dreht sich alles öffentliche Leben darum, daß die Minderheit die regierende Partei zu nötigen und selbst an die Macht zu gelangen sucht. Dazu muß jedes Mittel gut sein. Schlechtes Weiter, ungünstige Ernte, teure Preise schlechter Steuereinnahme — alles, alles muß der Opposition dazu dienen, die Regierung beim Werke schlecht zu machen.

Deutschland hat sich erstaunlich rasch diesem parlamentarischen Lebenswege angepaßt. Deutschnationale und Unabhängige scheuen keine Lüge und keine Verdrehung, um dem Ministerium oder Einzelnen seiner Mitglieder etwas auszuwickeln. Ob es sich dabei um ein Bild von Ebert in der Badische oder um ein angeblühendes Sektgelage Erbhergers handelt, um einen Zusammenstoß, bei dem die Reichswehrtruppen mehr Tote und Verwundete hatten als die „friedlichen Demonstranten“, oder um einen Erntearbeiterstreik, den die Großgrundbesitzer künstlich provoziert haben, ist ihnen ganz egal: auf jeden Fall wird nach Reichsfräulein gegen die Regierung gehetzt. Den Höhepunkt dieser niederträchtigen Demagogie stellt aber doch die frumpellose Ausnutzung der traurigen Tatsache dar, daß die Kriegsgefangenen noch immer nicht zurückgeführt sind. Der tiefe Schmerz der mehreren Millionen Menschen, die in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu unsern 800 000 Kriegsgefangenen stehen, wird bedenkenlos zu einer Agitationsgelegenheit für die Extreme von rechts und links.

Wie sieht es um die Kriegsgefangenen? Als Deutschland den Waffenstillstand abschließen mußte, war es bereits wehrlos; jeden Tag drohte eine militärische Katastrophe. Noch vom alten kaiserlichen Regime war der Aufmarsch, den den Waffenstillstand um jeden Preis zu unterzeichnen. Die Not zwang dazu gebieterisch; jeder Tag längerer Sämannsverschlechte nur unsere Lage. So konnte leider in den Waffenstillstandsverhandlungen für die deutschen Kriegsgefangenen nichts durchgesetzt werden. Die Entente bedang sich aus, daß ihre Kriegsgefangenen aus Deutschland sofort heimgeführt würden; und das wurde binnen zwei Monaten ausgeführt. Eine Gegenleistung für die deutschen Kriegsgefangenen lehnte sie ab. Nur mit Not und Mühe war zu erreichen, daß sie nach Waffenstillstand nicht schlechter behandelt werden sollten, als dies vorher in den Verträgen über die Besserstellung aller Kriegsgefangenen vereinbart worden war.

Ob die feindseligen Friedensbedingungen bekannt wurden, ärgerten wir mit Recht darüber, daß die Feinde sich überhaupt weigern würden, unsere Kriegsgefangenen heimzuführen, sondern sie zur Sklavenarbeit für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete festhalten würden. Glücklicherweise aß soweit selbst die Barbarei der übermühten Sieger nicht, welche die Weltgeschichte kennt; die Friedensverträge der Entente sahen gleich von vornherein die Heimführung der Gefangenen nach Ratifizierung des Friedensvertrags vor. Diese Klausel wurde von den Unabhängigen dazu ausgenutzt, diejenigen, die den Friedensvertrag wegen seiner sonstigen mörderischen Bedingungen verwerfen und zu mildern suchten, zu verdächtigen, als ob ihnen an dem Schicksal der Gefangenen nichts läge. Das taten dieselben Unabhängigen, die während der ganzen Zeit des Waffenstillstandes, wenn wir die Rückgabe der Gefangenen forderten und eine lebhaft Propaganda dafür entfalteten, um den Feinden die Lust zu verderben, unsere Gefangenen dauernd festzuhalten, keine andere Antwort hatten als: ihr haltet ja auch die russischen Kriegsgefangenen noch fest! Obwohl wir doch die russischen Kriegsgefangenen nicht zu unermesslichen Vergnügen oder aus Eigennutz festhielten, sondern weil die übermächtige Entente uns verboten hatte, sie heimzuführen. Die Unabhängigen erweckten auch überall die Vorstellung, als ob wir nur die Friedensbedingungen zu unterschreiben brauchten, um morgen oder übermorgen unsere Gefangenen wieder dabeim zu haben. Unter Einwand, daß nach Unterzeichnung des Friedens noch wie vor die übermächtigen Feinde im Können, was ihnen beliebte, und daß wir keinerlei Machtmittel in den Händen hätten, wurde überhört oder verdrängt.

Nun hat Deutschland die Friedensbedingungen der Feinde angenommen und seinerseits den Frieden ratifiziert. Aber die Feinde haben es damit nicht eilig. Selbst England, wo das Parlament den Versailler Frieden — einstimmig! — genehmigt hat, hat die Ratifikation noch nicht formell auszusprechen. In Frankreich und Italien hat sich das Parlament bis Ende August vertagt, und in den Vereinigten Staaten ist noch gar nicht abgesehen, wann er endlich genehmigt wird. Wegen unserer Kriegsgefangenen haben die deutschen Delegierten knauserhaft gedrängt. Die deutsche Nachabkommission ist schon seit vier Wochen in Versailles und wartet auf den Beginn der Verhandlung. Die Ententemächte haben es ihrerseits noch nicht einmal für notwendig gehalten, Delegierte zu diesen Verhandlungen zu bestimmen. Die Lage der Kriegsgefangenen ist teilweise weiter verschlechtert worden. Ein großer Teil unserer Kriegsgefangenen in Frankreich ist seit Waffenstillstand und Friedensschluß ohne jede Verbindung

mit der Heimat. Deutschland bittet, mahnt, drängt fast aller zwei Tage. Umsonst! Auf der Entente Seite rührt sich nichts. Nun haben die Deutschnationalen die Frage ekelhaft demagogisch aufgriffen. Die Gefangenen und ihre Angehörigen sind begreiflicherweise außerst nervös, beinahe verzweifelt. Ihre Stimmungsausbrüche dienen den Reaktionären als Unterlage für eine Flut frecher Lügen: die Regierung der Republik wolle die Gefangenen garnicht zurückhaben und verzögere absichtlich und mutwillig ihre Heimkehr. Sie tue nicht das mindeste Durchgreifende, um die Gefangenen zurückholen oder auch nur ihre Lage zu verbessern. Als ob es die Schuld der gegenwärtigen Regierung wäre, daß Deutschland geblieben und völlig ohnmächtig ist! Ein so schmutziges Spiel mit dem Glend der Gefangenen unter Soria ihrer Angehörigen richtet sich selbst.

Die Wahrheit ist die: Wäre es nach dem Willen der Deutschnationalen gegangen, so hätten wir noch heute Krieg, und an die Rückkehr der Gefangenen wäre überhaupt nicht zu denken. Aber auch die Unabhängigen und Kommunisten hätten die Gefangenen nicht zurückgebracht; denn mit ihnen hätte die Entente überhaupt nicht verhandelt. Es wäre dann den deutschen Kriegsgefangenen in England und Frankreich genau dasselbe Schicksal beschieden gewesen, wie den Kriegsgefangenen Russlands in Deutschland. Nur die gegenwärtige Regierung vermochte überhaupt Frieden zu schließen, nur die gegenwärtige Regierung vermochte die Kriegsgefangenen zurückzuführen. Sie wird weiter die unbarmherzigen Feinde bestimmen, bis sie endlich die armen Opfer loslassen. Das wird hoffentlich im Herbst der Fall sein, und Weihnachten wird der letzte Kriegsgefangene wohl zu Hause sein. Höchstens die armen Kerle, die noch in Sibirien säumochten, werden auch dann noch nicht erlöst werden können. In jedem Falle steht eines fest: jeder Wechsel in der deutschen Regierung würde alle Aussichten der Kriegsgefangenen auf Heimkehr zertrümmern. Das mögen ihre Angehörigen wohl bedenken!

Die Kohlenlieferung an die Entente.

Berlin, 16. Aug. Die in den heutigen Berliner Wätern gedruckte Meldung von einer angeblichen Herabsetzung der an die Entente zu liefernden Kohlenmenge ist offenbar in einem Teile der Presse missverstanden worden. Seitens der all. und off. Regierungen ist eingesehen worden, daß Deutschland mindestens gegenwärtig das geforderte Quantum nicht liefern kann und es schweben z. Bt. Verhandlungen über ein für beide Teile annehmbares Kompromiß. Eine zahlenmäßige Festlegung ist noch nicht erfolgt und die Forderung, die die Gegner z. Bt. noch in Versailles erheben, bedrohen unser gesamtes Wirtschaftsleben immer noch mit den schwersten Gefahren. Selbst die in der B. Z. a. M. gebrachte Nachricht von einer Herabsetzung auf 1 1/2 Millionen Tonnen würde keine Erleichterung bedeuten, da auch diese Menge unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht geliefert werden kann.

Die Streiklage in Oberschlesien.

Berlin, 18. August. Zur Streiklage in Oberschlesien läßt sich der „Vorwärts“ aus Königsbrunn melden, daß gestern sich nichts geändert hatte, heute aber mit einem Zusammenbruch zu rechnen sei. Die Verhandlungen des Arbeitsrates stehe für heute bevor. Für alle Streikenden, die heute die Arbeit nicht aufnehmen würden, würden die härtesten Maßnahmen ergriffen. Von den Laurahüttengruben gingen heute 60 bis 70 Prozent der Belegschaften wieder an.

Die Treibereien in der Pfalz.

Aus Berlin wird berichtet: Die politische Lage in der Pfalz drängt zur Entscheidung. Ein Teil der Zentrumspresse behandelt das Aktionsprogramm der bayerischen Regierung mit Hohn und Spott und propagiert als alleinige Rettung für die Pfalz Anschluß an die in Gründung begriffene Rheinische Republik. Der Bund „Freie Pfalz“ verurteilt diese unermessliche Konkurrenz der Rheinischen Republik durch eine verstärkte ungläublich zerlegende Agitation gegen die pfälzisch-bayerische Regierung unerschütterlich zu machen und drängt zu einem gewalttätigen Bruch mit Bayern und Deutschland. Die französische Besatzungsbehörde beider vollständige Freiheit, unterdrückt aber rücksichtslos jede Meinungsäußerung der Presse für Festhaltung an Deutschland. Verkommungen der deutschgefrunten Elemente werden nicht genehmigt, dagegen dürfen die Gaas und Genossen und auch die U.S.B., die mit Gaas und Gen. zusammengehen wollen, ruhig alle Versammlungen abhalten. Gaas und Genossen im Bunde mit einigen U.S.B. beabsichtigen einen gewalttätigen Putsch in den nächsten Tagen. Da sie volle Bewegungskraft haben, sowie Wogen und französische Automobile, ist die Gefahr für die Pfalz viel größer wie am 1. Juni.

Bayerischer Landtag.

Bamberg, 16. Aug. Der bayerische Landtag hielt vormittags die letzte Sitzung in Bamberg ab. Der Finanzausschuß genehmigte den Etat der direkten Steuern, welcher eine Reineinnahme von 329 757 660 Mark aufweist. Der

Staatshaushalt für 1919 weist einen Fehlbetrag von 458 716 717 Mark auf, wovon 357 963 200 Mark auf die Verkehrsverwaltung entfallen. In der Aussprache wurde ausdrücklich betont, daß mit den Ausgaben endgiltig Halt gemacht werden müsse, um dem Landtage den Vorwurf betrügerischen Bankrotts zu ersparen. Die anschließende Plenarsitzung genehmigte debattenlos die Steuervorlage und den Staatshaushalt, ebenso die Schreiben des Präsidiums an den früheren Kronprinzen Rupprecht und an die Reichsregierung. Nach Erhaltung der Geschäftsberichte und von Dankworten an die Stadt Bamberg wurde die Tagung geschlossen.

Deutschlands Unterernährung.

Amsterdam, 16. Aug. Nach englischen Blättern vom 14. August berückete Professor Starning aetern vor der Londoner Universität über seine Reise nach Deutschland. Die deutschen Kinder seien seit 1916 unterernährt. Er hoffe jedoch, daß eine beträchtliche Zahl der Kinder wieder hergestellt werden wird, wenn Deutschland Kredite erhalte, um Lebensmittel zu kaufen. Dies sei der Angelpunkt der Lage in Deutschland. Jedes Liter Milch, das man Deutschland nehme, bedeutet die Tötung eines Kindes. Prof. Starning schlägt vor, daß ein oberster Wirtschaftsrat gebildet werde, in dem auch Deutschland vertreten sei.

Noch schlimmere Zeiten für Deutschland.

Amsterdam, 17. Aug. Der Finanzkorrespondent des „Daily News“ in Holland meldet seinem Blatte, Deutschland komme in Holland als erster Handelskredit Englands nicht in Betracht. Holland gebe Deutschland keinen Kredit. Man sei der Ansicht, daß Deutschland noch schlimmeren Zeiten entgegengehe als es bisher durchgemacht habe. Erst wenn die Entschädigungszahlungen fällig würden und wenn in jeder Hinsicht auf die deutsche Industrie gewirkt werde, damit die riesigen Summen, die erforderlich sind, aufgebracht werden, werde man sehen, wie schwierig es für Deutschland sei, Rohstoffe anzukaufen.

Schweizer Parteitag.

Basel, 17. Aug. Die Schweiz. Dep.-Agentur meldet über den außerordentlichen sozialistischen Parteitag der Schweiz, der am Samstag zusammentrat: Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Stellungnahme zur dritten Internationale. Dr. Betti begründete den von dem Parteivorstand beschlossenen Antrag, sofort aus der zweiten Internationale auszutreten und der dritten Internationale beizutreten. Der westschweizerische Sozialistenführer Drez bekannte sich als entschiedener Anhänger der Moskauer Internationale, während Nationalrat Grafer gegen diesen austrat und erklärte, daß der Weg des Kommunismus zum Untergang des Proletariats führe. G. Reulich-Jürich warnte vor Eintritt in die dritte Internationale, die nur zu Enttäuschungen führen werde. In der Nacht zum Sonntag wurde eine Nachsitzung abgehalten. Schließlich wurde in der Abstimmung über die verschiedenen Anträge mit 318 gegen 147 Stimmen beschlossen, der dritten Internationale beizutreten. Dieser Beschluß des Parteitag ist der Urabstimmung in den Sektionen zu unterbreiten, weil über ein Drittel der Anwesenden es verlangte Samstag vormittag nach der Parteitag u. a. den Antrag des Parteivorstandes an, den Beitritt der Schweiz zum BSB verbünde zu beschließen.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Berlin, 16. Aug. Die Verhandlungen mit den polnischen Delegierten nahmen einen befriedigenden Verlauf. Bei den Verhandlungen der Kommissionen für Internierete und Kriegsgefangene ist in allen Hauptfragen vollkommene Uebereinstimmung erzielt worden, besonders darüber, daß für alle aus Anlaß der nationalen Erhebungen begangenen Vergehen — gemeine Verbrechen ausgenommen — beiderseits eine Amnestie gewährt wird, sowie, daß die Internierten ausnahmslos zu entlassen sind. In der Unterkommission für Schutzfrage, welche in erster Linie die Wünsche der deutschen Bevölkerung der abzutretenden Gebiete zu vertreten hatte, ist ebenfalls in wichtigen Fragen Einvernehmen erzielt worden, bezw. im politischen Elementarabkommen werden die deutschen Wünsche berücksichtigt werden. Die künftigen Fragen sind bis zum Eintreffen polnischer Sachverständiger zurückgestellt worden.

Der englische Imperialismus „unterstützt“ Persien.

London, 16. Aug. Nach Verhandlungen, die neun Monate dauerten, ist zwischen der persischen Regierung und Großbritannien ein Abkommen getroffen worden, das England in die Lage versetzt, Persien zu unterstützen und den Rat von Sachverständigen zuteil werden zu lassen. Dadurch wird der Wiederaufbau des persischen Staates ermöglicht. Das britische Schahamt hat sich bereit erklärt, der persischen Regierung einen Vorschuß von Millionen Pfd. Sterling zu gewähren, wodurch die persischen Pöle sichergestellt werden sollen.

Zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Nr. 42.
Besprechung am 11. Oktober 1918.
Anwesend: Reichskanzler Prinz Max von Baden, Vizekanzler von Papen, Kriegsminister Scheidt, Staatssekretäre Freiherr von Mann, Freiherr von Stein, Bauer, Treibhorn, Dr. von Straube, Mühlstein, Dr. Solf, Graf v. Helldorf, Dr. Friedberg, zugleich als Vertreter der nationalliberalen Partei, Gredler, Scheidemann, Erzberger, Unterstaatssekretäre Dr. Weisbach, v. Stumm, z. D. Bahnschaffe, Ministerialdirektor Deutelmeyer, Oberst v. Gaefflen, Dr. Solf verliest den neu formulierten Text der Antwortnote. — Reichskanzler verliest die Note Wilsons und erläutert sie. Die D. S. L. sei für die Friedensaktion scharf eingetretten, sie wünsche, daß wir zur Räumung unsere Zustimmung geben. — v. Gaefflen meint, Erzellenz Lubendorff habe die Sache wohl nicht ganz so bedrohlich angesehen, wie der Oberst Gaefflen.
Reichskanzler Prinz Max von Baden erwidert darauf folgendes: Am Abend des 1. Oktober sei ihm der Reichskanzlerposten angeboten worden mit dem gleichzeitigen Verlangen, sofort die Friedensvermittlung Wilsons nachzugehen. Er habe sich dagegen geäußert und mindestens 8 Tage warten wollen, um die neue Regierung zu konsolidieren und nicht den Eindruck hervorzurufen, als handele wir bei unserer Bitte um Friedensvermittlung unter dem Druck eines militärischen Zusammenbruchs. Am gleichen Abend habe eine Besprechung zwischen ihm, dem Feldmarschall v. Hindenburg und den Herren v. Berg, v. Papen und v. Singe stattgefunden. Im Verlaufe dieser Unterredung habe er mehrmals an die D. S. L. im Großen Hauptquartier die telephonische Anfrage richten lassen, ob nicht mit der Note gewartet werden könne. Darauf sei vom General Lubendorff die telephonische Antwort erteilt worden, wenn er, der Prinz, am nächsten Morgen um 10 Uhr noch nicht Reichskanzler sei, so solle lieber der Vizekanzler v. Papen noch heute abend die Note unterzeichnen. Durchgesetzt hätten die D. S. L. und der Staatssekretär v. Singe die Note an Amerika gegenüber. Bedenken, die sowohl er selbst, als die Herren v. Papen und Solf hatten. So hat er damals das Drängen der D. S. L. gewiesen. Vielleicht sei jetzt etwas mehr Ruhe bei der D. S. L., aber sie halte doch fest an der Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes.
Dr. Solf: Er habe ebenfalls den Feldmarschall v. Hindenburg gefragt: ob wir nicht 8 oder mindestens 4 Tage Zeit hätten. Der Feldmarschall habe erwidert: Machen Sie schnell, machen Sie schnell.
Nr. 45.
Staatssekretär des Reichsmarineamts. Berlin 12. Okt. 1918.
Gute Erzellenz beehre ich mich, in der Anlage Wiederholungen meiner Stellungnahme in der Sitzung der Staatssekretäre vom 12. Oktober zu der an den Präsidenten abzugebenden Antwortnote ergebenst zu übersenden.
Berlin, den 12. Oktober 1918.
An den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Herrn Dr. Solf, Erzellenz, hier.
Wiederholt wurde die Beratung der Antwortnote an Präsident Wilson fortgesetzt und beendet. Nachdem General Lubendorff erklärt hatte, daß die Armee durchbrochen werden könne, daß ein weiteres Halten der Westfront einem Gasardspiel gleich käme, daß die Armee Ruhe brauche, um sich zu erholen, nachdem sich ferner Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit dem Text der Note einverstanden erklärt hat und nur einen Zusatz wünschte, der auch Aufnahme fand, habe ich in der Sitzung der Staatssekretäre etwa folgendes erklärt:
Schweren Herzens stimme ich der Antwort zu, nachdem die höchsten militärischen Autoritäten die Lage der Armee, wie gesehen, geschildert haben. Ich bin mir darüber klar, daß wir uns durch die Antwort vollständig in die Hand Wilsons geben, ob des Idealisten, Völkerbeglückers Wilson, der durch Herbeiführung eines gerechten dauernden Weltfriedens der größte Mann des Jahrhunderts wird, ob des Wilson, der an der Spitze der Traummagdalen und großkapitalistischen Gruppe uns wirtschaftlich erdrückt wird, das weiß ich nicht. Ist das letztere der Fall, so haben wir wohl — was gestern zur Diskussion gestellt wurde — das Recht, nach Rücksicht auf die deutschen Grenzen weiter zu kämpfen. Ob wir aber die Macht haben, dann noch erfolgreich weiter zu kämpfen, ist eine andere Frage. Nachdem ich diese Bedenken vorgebracht habe, muß ich sie in Anbetracht der Stellungnahme der D. S. L. zurücksetzen.
Nr. 46.
Telegramm.
Großes Hauptquartier, 12. Oktober 1918.
Ich und General Lubendorff stimmen dem vom Obersten von Gaefflen am 12. Oktober 12 Uhr 30 Minuten telephonisch mitgeteilten Wortlaut der Antwort an Wilson zu. v. Hindenburg.
(Fortsetzung folgt.)

Für eine Internationale der sozialistischen Studenten.

(Mitgeteilt von der Genfer Gruppe der sozialistischen Studenten.)
Am 11. Februar 1919 veröffentlichte die Gruppe der revolutionären sozialistischen Studenten Frankreichs ihr Manifest: „An die sozialistischen Studenten der ganzen Welt.“ Es wurde von der ganzen radikalen Presse abgedruckt. Dieser Schrei des Proletariats fand ein vielfältiges Echo in ganz Europa und weckte neue Hoffnungen in uns. Von allen Ländern, Italien, Deutschland, Oesterreich, Japan usw. trafen Antworten ein. Die Münchener Studenten wollten den Vorschlag, „es möchten die Vertreter der sozialistischen Studenten aller Länder sich sobald als möglich in der Schweiz um die edle Gestalt Nominat Nollands versammeln, um sich einig zu werden über den Weg, der zum gemeinsamen Ziel führen könnte.“ Darauf haben die sozialistischen Studenten Frankreichs ihre Schweizer Genossen, sie möchten einen Kongreß organisieren und einberufen, da sie als Neutrale dies leichter tun könnten; Aufgabe dieses Kongresses solle sein die Begründung eines internationalen Bundes der sozialistischen Studenten.
Einige Genossen gründeten darauf das Internationale Komitee der sozialistischen Studenten (Comité International des Etudiants socialistes, C. I. E. S.). Dieses Komitee hat bisher die unverzügliche Aufgabe, die sozialistischen sowie die kommunistischen und revolutionären Studentengruppen jedes Landes zu sammeln und im Laufe des nächsten Dezembers den internationalen Kongreß in Genf einzuberufen.
Zu allererst wird der Kongreß die Verfassung des internationalen Bundes ausarbeiten. Dann wird er Stellung nehmen zum Versailler Vertrag und zum Völkerverbund. Er wird seinen Willen kundgeben, ob die studentische Internationale der zweiten oder dritten Internationale angeschlossen oder ihre vollständige Unabhängigkeit zu wahren sei. Er wird sich beschäftigen mit den Beziehungen, die zwischen den Studenten aller Länder geknüpft werden müssen, mit der sozialistischen Propaganda in Unberührtkeitskreisen. Er wird sich ferner beschäftigen mit der Verbindung, die zwischen ihm und den Parteien und den Jugendorganisationen bestehen soll, wie auch mit dem Kampf gegen Konterrevolution und Reaktion. Der Kongreß wird die Fragen der internationalen Organisation der Universitäten (Internationalisation des Universités) und der Unberührtkeitsprogramme, der allgemeinen Reformen, hauptsächlich im Hochschulunterricht, erörtern.
Das Komitee hat schon zahlreiche Anhänger gefunden und steht in Korrespondenz mit den hauptsächlichsten Gruppen aller Länder. Das Komitee sendet allen sozialistischen Studenten der ganzen Welt brüderliche Grüße und bittet alle Gruppen, mit denen es noch nicht in Kontakt ist, sich sobald als möglich zu melden. Es ergeht ferner die Einladung an die Genossen in denjenigen Unberührtkeitskreisen, wo sie sich noch nicht zusammengesetzt haben, sich sofort zu vereinigen.
Genossen! die alte Welt stirbt, neue Zeiten steigen herauf. An Euch ist es, herauf zu gehn und die Welt zu erneuern, die Ihr gestern Reinde wart und morgen Freunde sein werdet, zu verheiraten, zu heiraten, zu arbeiten und zu kämpfen mit uns. Arbeitet mit uns, Sozialistische Studenten aller Länder, vereinigt Euch!
Das internationale Komitee der sozialistischen Studenten.
Die Heidelberger sozialistische Studentengruppe hat sich bereits dem Komitee zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt, ihm die warmsten Sympathien für seine Bestrebungen ausgesprochen und sich bereit erklärt, unter Umständen einen Vertreter zum internationalen Studentenkongreß zu entsenden.

Mit gutem Gewissen kann man eine solche Bevorzugung der Weinfabrikanten und -genießer ein schreiendes Unrecht denen gegenüber nennen, die infolge ihrer Lebensanschauung oder ihres geringeren Einkommens keinen Wein genießen. Angesichts dieser Rücksichtslosigkeit gegenüber der großen Masse unseres Volkes, die am Weinbau und Weingenuss nicht beteiligt ist, muß der Reichsgüterstelle mit aller Deutlichkeit und Schärfe zu Gemüte geführt werden, daß diese Bevorzugung der Herrschaften, die ohnehin in der Lage sind, Zucker in beliebigen Mengen im Schleichhandel zu kaufen, aufzuheben hat, denn die breite Masse der Bevölkerung kann sich keinen Wein leisten und auch keinen Schleichhandelsgüter. Viele Tausende aber haben Schrebergärten oder sind sonstwie in der Lage, sich Wein anzubauen, doch sind sie durch den Zuckerbesitz zu verschaffen, können sich jedoch nichts von den Früchten einmischen, weil sie von der fargen löschlichen Zuckerration nichts erübrigen können.

Deutsche Nationalversammlung.

(Schluß des Sitzungsberichts vom 15. August.)
Beratung des Kohlenengesetzes.
Abg. Böger (D. Sp.): Vielleicht empfiehlt es sich, der Arbeiterpartei wieder jeden zweiten Samstag freizugeben, dafür aber acht Stunden zu arbeiten. Das bedeutet eine Mehrförderung von 9 bis 10 Millionen Tonnen jährlich. Damit könnte der Bedarf von Süddeutschland und mehr an Steinkohle gedeckt werden. Die Förderung im Ruhrrevier im Juni ist unbedingt festzulegen. Das Reichswirtschaftsamt würde gut tun, sich von der Beeinflussung von der Politik loszumachen und einen Reichswirtschaftsamt einzuberufen.
Reichswirtschaftsminister Schmidt: In meinem Ministerium sind bereits Vorarbeiten im Gange, um einen Reichswirtschaftsamt auf ganz freier Grundlage vorläufig ohne Inanspruchnahme der Gesetzgebung zu schaffen.
Abg. Köhnen (L. S. P.) tritt für die Umgestaltung des Wirtschaftslebens im Sinne des Sozialismus ein. Die Regierung stehe noch auf dem alten Postenstandpunkt. Auch Herr Schmidt habe keine andere Methode.
Reichsarbeitsminister Schlichte macht Bemerkungen über den vom Vorknabe angezogenen Kollaboratorkreis.
Nach weiteren Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Schmidt und dem Schlußwort des Abg. Neumann schließt die Beratung.
Der Gesetzentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft wird in allen drei Lesungen angenommen, desgleichen die Entschädigung über die Nationalversammlung an die Regierung und alle beteiligten Volkskreise die dringende Auforderung, alles aufzubieten, um eine Erhöhung der Förderung im deutschen Kohlenbergbau und die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen bis zur äußersten Grenze, sowie die größte Sparfamkeit in dem Verbrauch von Brennstoffen herbeizuführen.
Nächste Sitzung Samstag nachmittags 8 Uhr: Dritte Lesung des Kriegsabgabe- und Steuerentwurfes. Schluß 9.40.
Weimar, 16. August.
Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 8.20 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über
ergänzende Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung ins Ausland.
Abg. Naßig (Dem.): Wir sind selbstverständlich gerne bereit, alle Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, die Kapitalflucht zu unterbinden, und wenn möglich wieder rückgängig zu machen. Als die Radikale durch die Presse ging, es sei eine Abstempelung der Banknoten beabsichtigt, war die Folge ein ungeheurer Wertverlust.
Abg. Heiser (D. S.): Wir werden das Gesetz annehmen, da die Kapitalflucht mit allen Mitteln verhindert werden muß. Jedoch sind wir genötigt, unsere Bedenken gegen das Gesetz zum Ausdruck zu bringen. Man sollte die Absicht der Abstempelung einer noch genaueren Prüfung unterwerfen, ob dadurch nicht ein wie behauptet wird, mit der Revolution.
Abg. Braun (Franken. Soc.): Wir stimmen für das Gesetz, weil der Kapitalflucht dringend gesteuert werden muß; der allgemeine Kriessand der Welt hängt mit dem Krieg zusammen, nicht, wie behauptet wird, mit der Revolution.
Reichsfinanzminister Erzberger: Es handelt sich um ein schwer einschneidendes, aber notwendiges Gesetz, da die Kapitalflucht in den letzten Monaten ein erwartete Formen angenommen hat, die rückfällige Gegenmaßnahmen erforderlich machen. Die von der Reichsfinanzverwaltung beabsichtigten Maßnahmen können keinen Wertverlust hervorrufen, weil sie darauf gerichtet sind, die deutschen Werte zu schützen. Alle gegen den Umfang vorgebrachten Bedenken sind zu berücksichtigen.
Nächste Sitzung Montag nachmittags 8 Uhr: Dritte Lesung des Kriegsabgabe- und Steuerentwurfes. Schluß 9.40.

Nr. 45.
Staatssekretär des Reichsmarineamts. Berlin 12. Okt. 1918.
Gute Erzellenz beehre ich mich, in der Anlage Wiederholungen meiner Stellungnahme in der Sitzung der Staatssekretäre vom 12. Oktober zu der an den Präsidenten abzugebenden Antwortnote ergebenst zu übersenden.
Berlin, den 12. Oktober 1918.
An den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Herrn Dr. Solf, Erzellenz, hier.
Wiederholt wurde die Beratung der Antwortnote an Präsident Wilson fortgesetzt und beendet. Nachdem General Lubendorff erklärt hatte, daß die Armee durchbrochen werden könne, daß ein weiteres Halten der Westfront einem Gasardspiel gleich käme, daß die Armee Ruhe brauche, um sich zu erholen, nachdem sich ferner Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit dem Text der Note einverstanden erklärt hat und nur einen Zusatz wünschte, der auch Aufnahme fand, habe ich in der Sitzung der Staatssekretäre etwa folgendes erklärt:
Schweren Herzens stimme ich der Antwort zu, nachdem die höchsten militärischen Autoritäten die Lage der Armee, wie gesehen, geschildert haben. Ich bin mir darüber klar, daß wir uns durch die Antwort vollständig in die Hand Wilsons geben, ob des Idealisten, Völkerbeglückers Wilson, der durch Herbeiführung eines gerechten dauernden Weltfriedens der größte Mann des Jahrhunderts wird, ob des Wilson, der an der Spitze der Traummagdalen und großkapitalistischen Gruppe uns wirtschaftlich erdrückt wird, das weiß ich nicht. Ist das letztere der Fall, so haben wir wohl — was gestern zur Diskussion gestellt wurde — das Recht, nach Rücksicht auf die deutschen Grenzen weiter zu kämpfen. Ob wir aber die Macht haben, dann noch erfolgreich weiter zu kämpfen, ist eine andere Frage. Nachdem ich diese Bedenken vorgebracht habe, muß ich sie in Anbetracht der Stellungnahme der D. S. L. zurücksetzen.
Nr. 46.
Telegramm.
Großes Hauptquartier, 12. Oktober 1918.
Ich und General Lubendorff stimmen dem vom Obersten von Gaefflen am 12. Oktober 12 Uhr 30 Minuten telephonisch mitgeteilten Wortlaut der Antwort an Wilson zu. v. Hindenburg.
(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Zucker zur Weinbereitung, doch nicht für Einmachzwecke!
Die Zuckersubstitution ist, wie allgemein bekannt, ja so zurückgegangen, daß an eine Aufhebung der Nationierung vorläufig noch nicht gedacht werden darf. Die breite Masse der Bevölkerung muß es aber als eine Ungerechtigkeit empfinden, wenn von der Reichszuckerstelle für Weinbereitungszwecke 120 000 Doppelzentner zur Verfügung gestellt werden, für Einmachzwecke dagegen nichts. Der Verteilungsplan der Reichszuckerstelle sieht nämlich in kurzen Auszug so aus:
1. an Zucker zu Einmachzwecken ... 1917/18 900 000 Doppelzt.
vorläufiger Verteilungsplan ... 1918/19 900 000
endgültiger Verteilungsplan ... 1918/19 nicht,
2. an Zucker zu Weinbereitung ... 1917/18 116 207
vorläufiger Verteilungsplan ... 1918/19 160 000
endgültiger Verteilungsplan ... 1918/19 120 000

Das schlafende Heer.

Novell von Clara Viebig.
Nachdruck verboten.
Wohl Stachowial stand und guckte noch in mühsamer Range-
welle, als das Gefährt längst außer Hör- und Seiwerte war.
Auf dem Hügel vorm Haus schwammen zwei Enten und ein
Erpel; der Erpel mühte sich polart mit seinen stärkeren Nader-
bewegungen das freie Wasserloch in der Gistruite für seine
Schwän größer zu machen, das machte dem Proßt Spaß.
Als er noch nicht hochwürden war, sondern der kleine Pflö,
der mit nackten Füßen lief wie alle Dorfkinde, hatte er gern
mit Steinen nach Enten auf Hüfeln geworfen. — o la, wie
alle Kinder! Er lächelte in der Erinnerung: es war zu ent-
schuldig, man hätte ja damals noch nicht die Bildung!
Es klopfte.
„Uns seinen Jugenderinnerungen aufgeschreckt, tief der
Proßt: „Bereit! Was, der Nida!
„Gehst bei Jesus Christus,“ sprach der Lehrer und stol-
perte mit seinen aus Luchleiten zusammengenähten Hader-
pantoffeln über die Schwelle. Er schen erriet, das heilige
Rot auf seinen herausstehenden Wadenknochen brannte ab-
geirreter.
„Hochwürden, Hochwürden,“ stammelte er höflich, „haben
Hochwürden nicht den Niemeyer durchfahren sehen?“
„Nun wohl, er fuhr wie der Teufel — was sonst?“
„Hochwürden, er ist in der Kreisstadt gewesen! Sein
Knecht hat es dem Röß Scheffel gesagt, dervellen er, der
Niemeyer, drinnen war bei der Cioffa! Der Röß Scheffel
nun hat es mir wieder gesagt.“
„Nun, und was denn?“ Proßt Stachowial sah den Auf-
gezeigten verächtlich an und lachte dann autmüßig. „Dach
sich doch fahren in die Kreisstadt! Hat er sich auch einmal ein
Vergnügen gemacht!“
„Nein, nein,“ jammerte der Lehrer, „er ist beim Landrot
gewesen, Hochwürden! Beim Landrat, sagt der Röß Scheffel.
Und ich weiß, warum. Hat sich der Anstieher Brüner bei
dem Niemeyer beklagt; der ist mit dem Niemeyer unter
einer Decke. Und der Niemeyer wieder hat sich beim Land-
rat beklagt. Das ist so sicher wie zweimal zwei vier ist. Röß
Scheffel hat es mir vorerzählt an seinen fünf Fingern!“

„Ei, das dich! Wer gibt sich denn mit dem Juden ab!“
sprach betrockend der Proßt.
„Halt zu Gnaden, Hochwürden — den Lehrer in sei-
nem abgehobten Röcken stützte vor Kälte und Angst —
„man kann sein Ohr doch nicht verdrücken. Der Röß Scheffel
hat hier gekauft von der rheinländischen Frau, da hat er
mit ihr gekauft im Hühnerfall. Ihr Mann ist sehr böse auf
mich, sagt sie, daß ich habe seine Tochter geschlagen. Hoch-
würden, bei meiner Gesundheit schmeiß ich, geschlagen nur
mit dem Röß, das mir zulezt — nur einen kleinen Streich
über die Gendel! Wer, jetzt ist der Niemeyer in der Stadt
gewesen und hat mich verlost. Und der Landrat best mit
die Schmutzspektion auf den Hals — heilige Mutter! Sie
werden mir vom Gehalt abziehen, mich vielleicht gar meines
Amtes entsetzen!“ Er hustete und hielt sich die eingesenkte
Brust.
„Hab ich doch erst gestern drei Mark in der Wothke ge-
lassen und eine Mark bei Doktor Wolinski in der Sprech-
stunde. Ich habe mir nichts geparkt. Was soll ich machen?
Sprache ich deutsch, kommen mir die Witter in die Klasse,
schreien sie mir nach auf der Straße, und die Wäter rempeln
mich an. Ich bekomme das Brennholz nicht, das die Kinder
sonst oft mitbringen in die Schule, kriegen nie einen Biß in
der Hühnerzeit, kein Schilchen Speck, wenn sie schlachten, auch
zu Diern kein einziges Ei, kein Bröckchen vom Kuchen. Ich
bin schledt zu Fuß und muß oft zum Arzte, da ist keiner, der
mich aufhören hieße nach Waslezzel! Wenn ich Gend und
Ertrimpfe zum Sonntag wände und hänge sie auf, daß sie
trocknen, kommen meine Hausleute heimlich und aießen Was-
ter darüber; sie sagen, das Dach ist schadhaft. Und halte ich
Kasse, schlägt nebenan der Schmidt so hart auf's Eisen, daß
ich nicht verziehen kann mein eigen Wort und schreien muß,
bis ich lächle, die Brust springt mir.
„Ich soll die Kinder lehren: „Ihr sollt nicht flehen —
„Ihr sollt den Kaiser lieben!“ Wie mache ich das? Mit
der Anstammungslehre schaffe ich nichts; ich kann wohl einen
Ochsen an die Tafel malen und auch eine Kuh, aber das Ein-
legen kann ich doch nicht machen! Sprache ich aber polnisch, so
schlägt der große Anstieher Körm — Röß Scheffel sagt, daß
er kommen wird, mich zu verpausen — ach, ach, was soll ich
machen?“ Röß hat sich der Lehrer an den Kopf und
rana nach Atem.

Literatur.

Die Pflanzung, überhaupt die weitestgehende Verbreitung der Kenntnis der heimischen, wildwachsenden Nahrungsmittelgewächse, Getreide und Fleckrüben, läßt sich immer viel zu wünschen übrig und doch ist ihre Förderung ein Interesse der Volksernährung und Volksgesundheit mehr wie je geboten, ganz abgesehen davon, daß diese praktische Beschäftigung mit der Natur und ihren Erzeugnissen für jeden einzelnen vielfache Vorteile geistiger Art mit sich bringt. Ein wichtiges Mittel zur Förderung der eigenen und allgemeinen Kenntnisse in der Pflanz- und Kräuterkunde bietet die praktische, wissenschaftliche Zeitschrift „Der Pflanz- und Kräuterfreund“, deren 8. Jahrgang in diesem Monat beginnt und die von jetzt ab in bedeutend verbesserter Gestaltung erscheint. Die Geschäftsstelle des Pflanz- und Kräuterfreundes in Heilbronn a. N., das unter Mitarbeit erster Pflanzforscher und Wissenschaftler herausgegeben wird, ist die Zentrale der Pflanz- und Kräuterfreunde, ist gern bereit, allen Pflanz- und Kräuterfreunden kostenlos Probeummern des Blattes zur Ansicht zu senden, worauf wir unsere Leser hiermit ausmerksam machen.

Nr. 100.
ten Bede
Mitteln
nicht ein
bargello
geben
neuen S
pek ist
eigens k
nagern
Wort
Die gel
rum, de
lande z
machen
bringen
ich um
Das
Fenster
trag Kap
Kapital
Das
gebe u
Lezung a
Es ist
Ein Antr
7a, woa
der Feuer
bei unbed
zu einer
neben V
Soll m
Das
men un
Es ist
Giebei em
den Geb
wird an
ebenfalls
In d
Feuerz
genom
Dam
10 W
schädig
die Regel
wurde
Pebun
Schreit
2 a 5 1
Mötra
geigema
Liden
Schigin
die Gew
und Erg
kaltlich
Bretung
selben
der „Sch
Nin der
die gesch
wertig
man be
gleich ber
lehrerhan
Mittelsch
kann die
über die
Beitum
Lagen, in
brüden,
glied den
Reiter fi
geradezu
darin, de
fachwissen
Wie
ein
ohne gut
begleichen
überwuch
feinen Re
er tatsäch
Kategorie
das dabei
hänglich
Unterneh
wirklich
an; in all
sich nach
Meinung
Zeit glän
Daneb
Lohfakt
Fragen ü
Eingit vor
dagegen
es wieder
Borzeiden
Was i
haben sie
bei Trup
Macht zu
Wo i
Profdire
Amerika?
1896 ver
Professors
literarische
gelegt mer
legene grie
von dem
der im So

Prägung der ...

ten Bedenken können uns nicht davon abhalten, mit den strengsten ...

Das Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wird in 3. Lesung angenommen.

3. Beratung des Grundabgabenergesetzes. Ein Antrag der Reichsparteien auf Einzigung eines Artikels 7a, wonach die Steuer nur zur Hälfte erhoben werden soll, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20000 M, bei unbebauten Grundstücken 5000 M nicht übersteigt, gibt Anlaß zu einer längeren Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Becker-Hessen (D.R.) und dem Vertreter des Antrags Solimann (Soz.), an der sich auch Kall (D.) beteiligt.

3. Beratung des Einkommensteuergesetzes. Hierbei enthalten sich die Deutschnationalen der Abstimmung, da sie dem Gedanken des Monopols nicht beistimmen können.

3. Beratung des Spielartensteuergesetzes. In der 3. Beratung wird der Entwurf des Spielartensteuergesetzes unverändert in der Fassung der 2. Lesung angenommen.

Badische Politik.

Hebung der Gewerbeschulen. Ein Gewerbelehrer schreibt uns: Dem Kapitalistenorgan 'Karlsruher Tagblatt' geht es arg gegen den Strich, daß sich die sozialdemokratische Presse mit Eifer und Geschick für eine tüchtige, geistig-moralische Bildung des werktätigen Volkes in seiner beruflichen Schule einsetzt und daß sie für die Gewerbeschulen künftigen Lehrpersonalien fordert, welche von vornherein die Gewähr darbieten, daß sie die Ziele einer solchen Bildung und Erziehung erreichen können.

Wie einmal ein Geschichtsschreiber einen König gekennzeichnet hat.

... Hier zeigt sich der ganze Mann, wie der ist, nicht ohne gute Begabungen, nicht ohne einen im ersten Anlauf bewundernswürdigen Verstand, aber alles ohne tiefe und nachhaltige Kraft, ohne die Fähigkeit von Selbstgefühl und Selbstständigkeit. In seinen Reden spielt er sich im Gefühl des Mutes, während er tatsächlich feig ist. Er flagt gelegentlich selbst, daß schlechte Ratgeber seine unerfahrene Jugend misleiten, aber er läßt es dabei. Er redet sich selbst vor, fremdem Rat überaus zuwiderständig zu sein. Die pompöse Rede, mit der er die ... Unternehmung eröffnet, kofettiert mit dieser Naivetät und wirklich gibt er bei jeder Gelegenheit bewährte Ratgeber her; in allen diesen Fällen folgt er dem Rate nur da, wo man ihm nach dem Munde redet, und benutzt die akwardischen Meinungen nur, um in ihrer Widerlegung seine Beredsamkeit glänzen zu lassen.

Proletariatskämpfe! Zweifellos verstehen wir Sozialisten unter 'Freie Bahn dem Tüchtigen!' etwas anderes als die kapitalistische Gesellschaft, die eben diesen Satz in alter herkömmlicher Weise nur für ihre egoistischen Zwecke ausschlagen will.

Dienstverhältnisse der Lokomotivbeamten Am 7. August fand bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen unter dem Vorsitz des Generaldirektors Staatsrats Schulz mit Vertretern des badischen Lokomotivbeamtenvereins aus dem ganzen Lande eine Besprechung statt, in der verschiedene Anliegen des Standes der Lokomotivführer und Lokomotivbeizer eingehend erörtert wurden.

Sewerkchaftliches.

Die Gastwirkschiffenbewegung in Mannheim. Die Differenzen der Witte mit den Gasthausangehörigen in Mannheim haben auch in der letzten Besprechung am Montag noch keine Beilegung gefunden. Die Lage ist so, daß die Hoteliers sich für Annahme des Tarifs erklärten und dieser bereits in Kraft ist.

Kommunalpolitik.

Mörsch, 13. Aug. Am Dienstag den 12. August fand zum erstenmale unter unserem neuen Bürgermeister eine Bürgerauschusssitzung statt. Zur Beratung standen zwei Punkte: Umbau des alten Schulhauses zu Lehrerwohnungen, Kostenaufwand 80000 M; und ferner Genehmigung von 70000 M als Ueberbauungszuschuß zu dem von dem Staate zu erstellenden Ortsnetz für Elektrizität.

Elf Millionen Menschen verloren.

Die Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges hat in ihrem jüngsten Bulletin herausgebracht, das die Bevölkerungsbewegung Österreich-Ungarns im Weltkrieg behandelt. Obwohl die Gesamtergebnisse nicht überall auf Statistiken, sondern teilweise nur auf Schätzung beruhen, können sie doch wegen der großen Fülle und sorgfältigen Verarbeitung des gesammelten Materials als zuverlässig gelten.

Aus dem Lande.

Durlach.

Grüdingen. Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Gemeinderat. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehemaligen Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Grüdingen, veröffentlicht folgende Erklärung:

Nach den Vorschriften der Reichsgesetze für Kriegs- und Zivilgefangene, muß bis spätestens 15. Mai 1919 eine Kriegsgefangenenheimkehrstelle von dem Oberhaupt der Gemeinde, unter Hinzuziehung der Fürsorgereine und Berufsorganisationen, wobei auch der Reichsbund nicht ausgeschlossen werden darf, errichtet werden.

Bretten.

Mitteilungen aus der Gemeinderatsitzung vom 12. Aug. 1919. Das Ministerium trägt sich mit der Absicht, die Lichtspielhäuser in den Betrieb der Städte zu überführen. Auf Anfrage des Bezirksamtes erwidert der Gemeinderat, daß er grundsätzlich nicht abgeneigt sei, das Lichtspielhaus am hiesigen Blake zu übernehmen.

Stuttgart.

Kinder- und Volkswanderung. Tagelag vorher schon freuten sich die Kinder der Arbeiterfamilien auf die von den hiesigen Arbeitervereinen veranstaltete Kinderwanderung nach dem Steinbrunnen.

Rastatt.

Parteiversammlung. Wohl noch nie wurde vor unserer Partei in Rastatt ein so hervorragender, in allen Teilen sehr durchdachter Vortrag gehalten, wie ihn Landtagsabgeordneter Gen. Dr. Kraus kürzlich im 'Anker' über 'Die Sozialisierung unserer Volkswirtschaft' hielt.

Krankebrot.

Die Anforderungen von Krankebrot auf Grund ärztlicher Zeugnisse haben in letzter Zeit so großen Umfang angenommen, daß die Zuteilung an Krankebrot von Seiten der Reichsgetreidestelle in Berlin bei weitem nicht ausreicht; insbesondere in allerletzter Zeit ist über alle Maßen Krankebrot angefordert worden.

Die Abgabe von Krankebrot erfolgt bekanntlich nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, und es sind hierfür von Seiten des Ministeriums besondere Richtlinien aufgestellt worden. Trotzdem jedes ärztliche Zeugnis durch eine besondere Kommissionsprüfung nach der im Zeugnis niedergelegten Diagnose geprüft wird, ob das Verlangen von Krankebrot gerechtfertigt ist oder nicht, war es nicht möglich, das Ansuchen der Anforderungen aufzufassen.

Wir haben bis jetzt das Krankebrot aus Weizenmehl, 80prozentig ausgemahlen, in letzter Zeit aus Weizenmehl, 70prozentig ausgemahlen, herstellen lassen und sind nun leider gezwungen, für die Herstellung des Krankebrotes bis auf weiteres Weizenmehl, 80prozentig, ausgemahlen, verwenden zu lassen. Allerdings ist dies ein Weizenmehl, welches aus amerikanischem Weizen gemahlen ist und ein besseres Mehl ergibt, als das aus deutschem Getreide gemahlene. Das neue Krankebrot wird deshalb in Bezug auf Bekömmlichkeit und Verdaulichkeit dem bisherigen nicht oder kaum nachstehen. Es wird nur in der Farbe dunkler sein als das bisherige Krankebrot.

Neber die Verwendungsmöglichkeit des 80prozentig ausgemahlene Weizenmehles zu Krankebrot haben wir sowohl von der Lebensmittelprüfungsstation, als von einem der Herren Bezirksärzte ein Gutachten erhalten.

Wir bedauern, daß wir — durch die Verhältnisse gezwungen — eine derartige Veränderung vornehmen müssen und hoffen, daß wir recht bald wieder in die Lage kommen, weniger stark ausgemahlene Mehl zur Herstellung von Krankebrot zu verwenden.

Im übrigen weisen wir darauf hin, daß ja zurzeit auch laufend amerikanisches Weizenmehl bereitgestellt wird, welches bei Krankheitsfällen zur Herstellung feineren Brotes oder feinerer Mehlspeisen verwendet werden kann.

Außerdem ist das zur Verteilung kommende Roggenbrot seit kurzer Zeit besser und bekömmlicher, wie früher weil die Mehle, welche uns in letzter Zeit geliefert werden, in der Qualität besser sind wie bisher.

Karlsruhe, 15. August 1919. 5684
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Krankebrot.

Unter Hinweis auf unsere gleichzeitige Bekanntmachung — Krankebrot betreffend — geben wir hiermit bekannt, daß der künftige Verkaufspreis für Krankebrot, hergestellt aus 80prozentigem Weizenmehl, 14 Pf. für 1 Brot von 140 Gramm und für 1 Pfund Zwieback 1,15 M. beträgt.

Karlsruhe, den 15. August 1919. 5683
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kartoffel-Verteilung.

Die Gültigkeit der am 17. August 1919 veröffentlichten Kartoffelmarke C Nr. 118 wird bis

24. August 1919 5710
berlängert.

Die Marke wird bis zu diesem Termin mit 2 Pfund Kartoffeln zum Preise von 20 Pf. für 1 Pfund eingelöst.

Karlsruhe, den 16. August 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Pferdefleischverkauf.

Einslösung der Marke 8.
Verkaufsstelle B, Purlacherstraße. Grüne Karten.
Mittwoch vorm. Nr. 4908 — 6080 nachm. Nr. 6061 — 7120
Donnerstag 7121 — 8180 " 8181 — 9400

Verkaufsstelle E, Rheinstraße 56. Grüne Karten.
Mittwoch vorm. Nr. 6681 — 7680 nachm. Nr. 7681 — 8680
Donnerstag 8681 — 9680 " 9681 — 10680
Freitag 10681 — 11680 " 11681 — 12200

In den übrigen Verkaufsstellen findet der Verkauf nächste Woche statt.

Stoppmenge 125 Gramm Fleisch oder Wurst.
Karlsruhe, den 18. August 1919. 5708
Städt. Fleischamt.

Rudolph Holl, Dentist

Karlsruhe, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Metz
Fernruf 2798. 4102
Sprechstunden: 9—12 und 2—6 Uhr.
Samstag nachm und Sonntag keine Sprechstunde.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Gb. Nr. 2040:
1a 90 qm mit Gebäuden Werderstr. 61.
Schätzung 44000 M.

Versteigerungstermin: Donnerstag, den 28. August 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Madonnenstraße 8. 4276

Wündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 18. Juni 1919.
Vob. Notariat als Vollstreckungsgericht.

Aerztliche Anzeige.

Vom 8. August bis 8. September
keine Sprechstunden.
Dr. Cramer
homöop. Arzt.

5448

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebene

werden auf Dienstag, den 19. August, abends 8 Uhr, zu einer

Bersammlung

im Saale des „Elefanten“, Kaiserstraße 42, zwecks Gründung einer Fachgruppe der Beamten, Kaufleute und Angestellten zu Wahrung ihrer Standesinteressen eingeladen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Karlsruhe. 5717

Kaufmännische Lehrlinge.

für Papier-, Waren-, Schuhwarengroßhandlungen, Samenhandlung, Kolonialwaren, Delikatessen, Eisenwaren, Chemische Fabriken, Farbenfabrik, Fournierfabrik, Jagarenfabrik, Zellulosewerke, Buchhandlung, Elektrotechnik, Büros, Schloßerei, Wägerei, Verzierungen, Dentalindustrie, Wappsteinfabrik, Papierfabrik.

Lehrmädchen

für Büroarbeit, Epstelwaren, Schreibwaren, Turuswaren, Hausartikel, Uhren- und Goldwaren, Putzverkauf.

Handwerker-Lehrlinge

für hier ohne Kost und Wohnung:
Gärtner, Steinbauer, Keramiker, Galvaniseur, Kupfer- schmied, Fuß- und Wagenbeschmied, Blechler und Installateure, Zentralheizungsanlagen und Installation, Rasenmessen, Holzschleifer, Bandagist, Kürber, Buchbinder, Holzbohrer, Sattler und Tapeziere, Polsterer und Dekorateur, Holzbildhauer, Schirmmacher, Wärrnenmacher, Holzbergelder, Krüsterer, Blaser, Maler und Anstreicher, Lackierer, Steinbruder, Schriftsetzer; 5711

nach auswärts mit Kost und Wohnung:
Fellenbauer, Wagner, Küfer, Maler und Anstreicher.

Städt. Arbeitsamt

Röhlingerstraße 100.
Zimmer 2. Lehrlingsabteilung.

Die
**Damen-
Hutfabrik**
Carl Kraemer & Cie.
Friedenstraße 7 Karlsruhe i. B. Tel. Nr. 624
übernimmt Umfassonieren von Damen-
das Filz-,
Haar-, Velour-, Sammet- und Plüschhüten
nach den neuesten Modellen der
Winterfashion 1919/1920 unter
Garantie fachmännischer
Ausführung und
schnellster
Lieferung.

Billiges Gelände für Kleingärten.

In der Nähe des neuen Hauptbahnhofs ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen. Nur geringe Anzahlung und mäßige jährliche Abzahlung erforderlich. Auskunft erteilt Terraristik- und Baugesellschaft Südende, Eckenstraße 66, Telefon 545. 5454

**Oberhaardter
Riesling-Weine**
eingetroffen und empfehle solchen von
Mk. 6.40 5688
an per Liter — ohne Steuer.
Hermann Schuler
Weingroßhandlung
Karlsruhe Fernspr. 3304 Wilhelmstr. 4a.

Am 14. ds. Mts. verschied das langjährige Mitglied unseres Aufsichtsrates
**Herr Geheimer Kommerzienrat
August Dürr.**
Der Entschlafene gehörte unserer Verwaltung nahezu 30 Jahre an, hat während dieser langen Zeit unserer Gesellschaft stets das wärmste Interesse entgegengebracht und durch seine reichen Erfahrungen ihr wertvolle Dienste geleistet.
Im persönlichen Verkehr hat er sich als lebenswürdiger Kollege erwiesen, dem wir dauernd ein dankbares Andenken bewahren werden.
Karlsruhe, den 16. August 1919. 5709
**Aufsichtsrat und Vorstand der
Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.**

Herren - Filzhüte
Zylinder usw.
Kauf fortwährend
S. Sonntag
Karl Friedebachstr. 19.
Standesbuch-Ausgabe
der Stadt Karlsruhe
Ehegeschickungen. Karl
Müller von Wellesweiler,
Hausarzt hier, mit Maria
Wachinger Wwe. von Hilt-
lingen.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber, herzenguter Gatte, Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel
Heinrich Reese
Dreher
gestern Nachmittag 1/8 Uhr nach kurzer schwerer Krankheit im 62. Lebensjahre verschieden ist.
In tiefer Trauer:
Frau C. Reese, Witwe
Familie Heinrich Reese
Familie Adolf Kiefer
Dionissin Marie Reese
Familie Fr. Streckfuß.
Karlsruhe, den 18. August 1919.
Die Beerdigung findet Dienstag Nach-
mittag 5 Uhr auf dem Mühlburger Fried-
hof statt.
Trauerhaus: Glimmerstraße 7.

„Volkshor“ Karlsruhe-West.
Todes-Anzeige.
Unseren Mitgliebern die traurige Mit-
teilung, daß unser langjähriges Mitglied
Herr Joh. Scheffel
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute nachmittag
1/5 Uhr auf dem Mühlburger Friedhof
statt. Die Herren Sängler treffen sich um
1/4 Uhr im Vereinslokal „Stadt Karlsruhe“.
Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand. 5722

**Flechten
Wunden**
offene Füsse, Krampf-
aderleiden heilt sogar
in vorwiegend Fällen
mit oft überraschen-
dem Erfolg die **hautbildende** schmerz-
und juckreizstillende „**Vater Philipp-Salbe**“. Preis
2.70 u. 5.10 Mk.; überall zu haben. Man hüte sich vor
Nachahmungen u. bestelle, wo nicht erhältlich, direkt
bei Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten 7.
Singroslager bei Leopold Fiebig.

Schreib-Maschinen-
Reparaturen und Reinigung.
Reelle Bedienung und billige Preise.
Karl Hafner, Karlsruhe i. Baden
Amalienstraße 53. Telefon 1326.
Haus, Hof und Garten reinhalten
von Mäusen und Ratten, ist gerade jetzt Esigsterhaltungspflicht und geschieht am besten und sichersten durch „**Bestan und Lufan**“. Beide Mittel sind hergestellt unter Kontrolle der oldenburgischen Landwirtschaftskammer, sind auch für Hamster, Bählmäuse usw. vielfach erprobt. In ihrem eigenen Interesse müssen Sie „**Bestan und Lufan**“ in Ihrer Drogerie verlangen, oder wo nicht vorrätig direkt von: Generalvertreter für Baden
G. Fauth, Mannheim, Geurich-Langstr. 5. 4929

Arbeitsrat Wachtel für den Volkschor.

Daniels
Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Reichsware;
Jackenkleider, Röcke,
Mäntel, Blusen,
Kinderkleider
in grosser Auswahl.

Fahrrad-Bereifung
Laufdecken
Deutsches Fabrikat zu 60.
Ausländ. " 80.
per Stück
Luftschläuche
Deutsches Fabrikat zu 40.
Ausländ. " 55.
per Stück " 5720
Sofort lieferbar, groß Lager
Fahrradhaus
Peter Eberhardt
Karlsruhe, Amalienstr. 57.

Stadt Vierordtbad
Heißluft- u. Dampfbäder
(Irische, römische u. russische Dampfbäder)
Elektr. Lichtbäder
Damenbadezeit: Montag u. Mittwoch vorm. 9-1 Uhr und Freitag nachm. 2 1/2 - 7 1/2 Uhr.
Herrenbadezeit: Alle übrige Zeit. Samstags bleibt die Anstalt auch über Mittag bis abends 8 1/2 Uhr geöffnet. An Sonn- und Feiertagen geschlossen. 4595

Neu eingetroffen!
Ein größerer Posten
leinene Strohfläcke
ein Posten
Bettbarchent
Arthur Baer
Kaiserstr. 133, 1 Tr.
(Eingang Kreuzstr.)

Für Privatbüro
gebrauchter aber gut erhaltener
Schreibtisch
doppeltichtig, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 5721 durch die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Häfen, schöne Niesenscheiden, sind billig zu verk. **Dulach**, Wiesenstr. 21 (Vehret). 5707

Ein Paar
Reitstiefel
(neu) preiswert zu verk. bei **Düffel**, Waldhornstr. 32. 4 Stod links.

Herrenfahrrad
mit Summi preiswert zu verkaufen.
Kunzmann, Dorkstr. 17.

Zigaretten
100 Stück 10 Mk., gibt ab
Nich, Gräfelfing.

Hausverkauf.
In der Durlacherstraße 41 ein Haus mit Laden für 18000 Mk. zu verkauf. Off. unt. Nr. 5648 auf dem Volksfreundbüro abzugeben.

Caschenubren
auch reparaturbedürftig, lauft
Levy, An-u. Verkaufsgeschäft
Markgrafenstraße 22.

Bügelu
von Herrenwäsche kann jede Dame diese Woche bei einmaliger praktischer Erläuterung vormittags von 10-12 und nachmittags von 2-5 Uhr erlernen. Ein Stück Wäsche kann mitgebracht werden. Sonnt. 11. u. 12. Karlsruhe 5708
Hudolfstr. 18, part.

Neu eingetroffen

Soweit Vorrat! Soweit Vorrat!

Auffallend preiswert:

Weisse Wäschestoffe:		130 cm Kammgarn-Cheviot reine Wolle, griffige Qualität, schwarz und blau, Mtr. 48.50
80 cm Shirting, feinfädig . . . Meter	4.50	140 cm Kostümstoffe Strapazierqualität, Streifenmuster Meter 35.50
88 cm Madapolam, gute Qualit. Mtr.	5.75	80 cm Flanell , für Hemden und Blusen Meter 7.75 6.90
88 cm Linon, besonders preiswert, kräftiges Gewebe Meter	6.50	95 cm Futter-Taft , schwarz, grau und braun, geschlossenes Gewebe Meter 5.75
80 cm Cretonne, starkfädig, Meter 9.25, 8.25	7.75	140 cm Zanella , schwarz mit Seidenglanz, auch für Blusen und Schürzen Meter 19.75
93 cm Makkotuch, Ia. Qual., f. feine Leib- u. Bettwäsche, Mtr.	9.50	80 cm Zefir für Hemden u. Blusen Mtr. 9.80 5.25
80 cm Halbleinen, Hausmacherqualität Meter	8.90	140 cm Matratzendrell , grau gestreift Mtr. 27.50 19.75
150 cm Halbleinen, vorzügliche Hausmacherware, Mtr.	22.50	Frottierhandtücher , weiss und farbig, gute Qual., Stück 5.75
75 cm Molton, elfenbein, zweiseitig geraut Meter	7.90	

Hermann TIETZ Karlsruhe.

Gemäß § 8 der Statuten der Karl Friedrich-, Leopold- und Sofien-Stiftung ist eine Neuwahl von 12 Mitgliedern des Verwaltungsrats dieser Stiftung erforderlich. Hierzu wird Tagfahrt auf:

Mittwoch, den 20. August d. J., nachm. von 4-4 1/2 Uhr, in den großen Rathssaal

anberaumt.
Sämtliche Mitglieder des Bürgerausschusses werden zur Teilnahme an der Wahl hiermit eingeladen. Die zu Wählenden sind der Zahl der in nachstehender Liste enthaltenen Persönlichkeiten zu entnehmen. Die Liste wurde in Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsrat der Stiftung aufgestellt.

Die Vorgesetzten sind:

1. Bischoff, Eugen, Baurat.
2. Blum, Ernst, Schlossermeister.
3. Feber, Rudolf, Geh. Rat.
4. Fischer, Otto, Pfarrer.
5. Friedert, Julius, Stadtverordneter.
6. Gieshe, Emil, Betriebsdirektor.
7. Gut, Friedrich, Oberlandesgerichtsrat.
8. Müller, Emil, Oberrechnungsrat.
9. Rohde, Franz, Stadtpfarrer.
10. Wild, Otto, Oberrevisor.
11. Wöner, Friedrich, Stadtverordneter.
12. Zimmermann, Georg, Geh. Finanzrat.
13. Anselment, Ludwig, Blechermesler.
14. Bestel, Martin, Rechnungsrat.
15. Bonning, Karl, Stadtrat.
16. Deines, Emil, Stadtverordneter.
17. Edelmann, Oskar, Fabrikant.
18. Eichhorn, Hermann, Vorstandsvorsitzender.
19. Erb, Ludwig, Wilhelm, Kaufmann.
20. Frey, Ernst, Stadtverordneter-Obmann.
21. Hammer, Hermann, Kaufmann.
22. Heinsheimer, Otto, Rechtsanwält.
23. Hof, Wilhelm, Verwalter.
24. Jacob, Gustav, Stadtrat.
25. Knittel, Dr. Albert, Buchdruckereibesitzer.
26. Rominger, Karl, Stadtverordneter.
27. Müller, Wilhelm, Verbandsdirektor.
28. Ruff, Karl, Oberingenieur.
29. Krin, Max, Brauereibesitzer.
30. Röhrich, Heinrich, Geschäftsführer.
31. Schlichter, Hermann, Finanzrat.
32. Sigmund, Friedrich, Stadtverordneter.
33. Steffin, Karl, Rektor.
34. Strobel, Josef, Stadtverordneter.
35. Weiß, Wilhelm, Stadtverordneter.
36. Willard, Adolf, Baurat a. D.

Karlsruhe, den 14. August 1919. 5676
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.
Von den Mitgliedern des Stiftungsrates der A. Schrempf'schen Beamten- und Arbeiter-Stiftung sind die Herren:

Brauereidirektor Kommerzienrat Karl Schrempf (gewählt bis Ende 1918),
Stadtrat Otto Müller (gewählt bis Ende 1921)
durch Tod und die Herren:
Privatmann Karl Markstahler und
Obermüller Karl Weined
nach Ablauf der Amtsdauer ausgeschieden.

Es hat daher eine Erneuerungswahl von 3 Mitgliedern auf 6 Jahre und eine Ergänzungswahl für die Restdienstzeit des verstorbenen Herrn Stadtrats Müller auf 3 Jahre stattzufinden.

Hierzu wird Tagfahrt auf
Mittwoch, den 20. August d. J., nachm. 4-4 1/2 Uhr, in den großen Rathssaal

anberaumt. Sämtliche Mitglieder des Bürgerausschusses werden zur Teilnahme an der Wahl hiermit eingeladen.

Die zu Wählenden sind der Zahl der in nachstehender Vorschlagsliste genannten Persönlichkeiten zu entnehmen.

Die Liste wurde in Uebereinstimmung mit dem Stiftungsrat der A. Schrempf'schen Beamten- und Arbeiter-Stiftung aufgestellt.

Die Vorgesetzten sind:

a) für sechsjährige Amtsdauer:

1. Schrempf Karl, Brauereidirektor, als Vertreter des Vorstandes d. Brauereigesellschaft vorm. A. Schrempf,
2. Markstahler Karl, Privatmann,
3. Weined Karl, Obermüller, als Vertreter der Arbeitnehmer der genannten Gesellschaft,
4. Schrempf Friedrich, Brauereidirektor,
5. Summel Anton, Brauereierweiterer,
6. Finser Gottfried, der ältere, Architekt,
7. Frier Karl, Stadtrat und Architekt,
8. Bonold Georg, Bierbrauer,
9. Hartmann Johann, Kaufmanngehilfe.

b) für dreijährige Amtsdauer:

10. Emmerich Heinrich, Kaufmann, als Vertreter der Angestellten der Brauereigesellschaft vormals A. Schrempf,
11. Weißer Adolf, Kaufmann,
12. Niedner Peter, Kaufmann.

Karlsruhe, den 14. August 1919. 5677
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.
Die Amtszeit der Mitglieder des Verwaltungsrats des Waisenhauses:

Bing, Dr. Gustav, Geh. Hofrat (zurückgetreten),
Markstahler, Karl, Privatmann,
Müller, Otto, Stadtrat (gestorben am 24. Februar 1919),
Binell, Fridolin, Altstadtrat,
Weill, Dr. Friedrich, Altstadtrat,
ist abgelaufen.

Ferner ist das Mitgliedsamt
Dertel, Christian, Kaufmann,
gewählt am 11. August 1915 auf 6 Jahre, am 26. März 1919 gestorben.

Es hat daher gemäß § 22 der Statuten die Erneuerungswahl von 5 Mitgliedern auf 6 Jahre und die Ergänzungswahl eines Mitgliedes auf 2 Jahre stattzufinden.

Hierzu wird Tagfahrt auf
Mittwoch, den 20. August d. J., nachmittags von 4 bis 4 1/2 Uhr,

in den großen Rathssaal anberaumt.

Sämtliche Mitglieder des Bürgerausschusses werden zur Teilnahme an der Wahl hiermit eingeladen. Die zu Wählenden sind der Zahl der in nachstehender Vorschlagsliste genannten Persönlichkeiten zu entnehmen. Die Liste wurde in Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsrat des Waisenhauses aufgestellt.

Die Vorgesetzten sind:

a) für die Erneuerungswahl auf 6 Jahre:

1. Weill, Friedrich, Altstadtrat,
2. Binell, Fridolin, Altstadtrat,
3. Markstahler, Karl, Privatmann,
4. Eurn, Franz, Stadtverordneter,
5. Weinand, Luise, Ehefrau,
6. Sigmund, Friedrich, Stadtverordneter,
7. Baichang, Friedrich, Stadtverordneter,
8. Raßetter III, Anton, Stadtverordneter,
9. von Wolf, Margarete, Frau, Stadtverordneter,
10. Zellbach, Dr. Willi, Stadtverordneter,
11. Drehn, Elise, Frau, Stadtverordneter,
12. Betzke, Heinrich, Stadtverordneter,
13. Weiß, Georg, Gewerkschaftssekretär,
14. Stoffel, Ferdinand, Oberlehrer,
15. Köpper, Friedrich, Stadtverordneter.

b) für die Ergänzungswahl auf 2 Jahre:

1. Müllner, Richard, Stadtverordneter,
2. Böhn, Heinrich, Stadtverordneter,
3. Künzle, Leopold, Oberrevisor.

Karlsruhe, den 16. August 1919. 5715
Der Stadtrat.

Wir bieten an
Fahrradgummi
prima Auslandsware
zu herabgesetzten Preisen.
Nordische Stahlgesellschaft
m. b. H. 5627
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 81.

Bekanntmachung.
Das Befahren und Begehen der Feldwege, sowie Obstanlagen auf der Bemerkung Anielingen durch Nichtberechtigte ist
streng verboten.
Das Bürgermeisteramt.
Auskunftei Bürgel
300 Geschäftsstellen
Garantiedepot 300000 Mark. Einzel- u. Abonnements-Auskünfte für jedermann. 2768
Wendstr. 3 III Strassenbahnhaltestelle Yorkstr. (Strecke Mühlbg.). - Bürozeit: 7 1/2-4 Uhr durchl.

Bekanntmachung.
Für die Stadt Karlsruhe soll ein
Stadt- und Schularzt
im Hauptamt angestellt werden. Die Schöpfung einer etatsmäßigen Stelle ist beim Bürgerausschuss beantragt. Als Gehalt sind 10 000 bis 12 000 Mk. vorgesehen; die Ausübung von Privatpraxis ist ausgeschlossen. Der Dienst ist möglichst am 1. Oktober d. J. anzutreten. Bewerbungen sind bis spätestens 8. September einzureichen. 5715
Karlsruhe, den 16. August 1919.
Der Stadtrat.